

Die LINKE, Stadtverband Magdeburg, 6. Januar 2021  
c/o stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de

## **Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung teils falsch und unzureichend! Zu den Beschlüssen und Festlegungen von Bundes- und Landesregierung.**

Im neuen Lockdown soll fast alles eingeschränkt werden - außer der Lohnarbeit. Sich in der Montagehalle, im Call-Center, in der Großküche, bei Amazon oder Tönnies anstecken - das ist das Opfer, das erbracht werden muss, um Gewinne und Dividenden zu retten. Das Problem ist aber nicht, dass der Staat in der Pandemiebekämpfung verbindliche Regeln erlässt. Das Problem ist, dass es die Regeln des Kapitals sind: Dem Staat ist "die Wirtschaft" wichtiger als unser Leben. Wenn es richtig gemacht werden sollte, muss ein Shutdown her.

Was für ein Menschenbild:

Kinder – egal, Leistung der Eltern – egal, Schulen - braucht man nur temporär, Kitas - erwähnt man kaum. Kinderkrankengeld erweitern ist derselbe Murks, der seit Monaten passiert. 67% vom Netto ist dem Staat die Erziehung wert, in Teilen auch gedeckelt. Also ist selbst Kurzarbeit Null mehr Wert als Kinderbetreuung? Was ist das für eine Logik? „Unterricht im 45min-Takt, Bulimielernen, Tests, Tests, Tests. Und das alles bei Mangelwirtschaft. Liebe Schüler\*innen: Wir brauchen Systemsprenger! Bildung ist nämlich gänzlich was anderes,“ sagt Birke Bull-Bischoff, unsere Bildungspolitikerin im Bundestag. Bildung ist Lebensmittel! Linke Bildungspolitiker\*innen wenden sich heute mit eigenen Vorstellungen über Bildung in Pandemiezeiten an die Öffentlichkeit. In solchen Zeiten braucht es Kreativität und Phantasie. Soziale Kontakte dürfen für Heranwachsende nicht vollständig wegfallen. Schwächeren muss besonders geholfen werden und Lernen ist wichtiger als Prüfungen. Millionen Eltern dürfen nicht wieder so massiv unter Druck gesetzt werden.

Während dessen malt der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt „das Ende des Staates“ an die Wand: "Wenn die Menschen nicht verstehen, dass sie selber die Verantwortung tragen, wird der Staat irgendwann mit seinen Möglichkeiten am Ende sein.“ Unsere Fraktionsvorsitzende im Landtag, Eva von Angern, erklärt eindeutig: „Wem hilft es in der derzeitigen Situation vom Ende des Staates zu sprechen? Abschreckung als politisches Mittel? Da setze ich lieber auf Transparenz und Beteiligung.“

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Bereich Lohnarbeit weitgehend ohne Auflagen geblieben ist und offenbar bleiben soll, ist die Aussage des Ministerpräsidenten schon bizarr. Erforderlich wären Maßnahmen wie mobile Arbeit wo möglich, verbindliche Hygieneregeln sowie die Schließung nicht lebensnotwendiger Betriebe. Alles Dinge, die die staatlichen Stellen im Konsens mit der Mehrheit der Menschen erlassen bzw. verfügen können. Aber die Regierenden verfügen anderes: Die Großindustrie darf sich bundesweit über 600 Mrd. Euro staatliche Unterstützung sowie Kredite der KfW in potentiell unbegrenzter Höhe freuen. Kleinere Unternehmen erhalten 50 Mrd. Euro vom Staat, müssen allerdings viele bürokratische Hürden überwinden. Erwerbslose und diejenigen, die lohnabhängiger Erwerbsarbeit nachgehen, gehen bei den Maßnahmenpaketen der Bundesregierung praktisch leer aus.

Erforderlich wären Maßnahmen zur Überbrückung sozialer Notlagen für Menschen und kleine Unternehmen, für Soloselbständige, Gastronomie und touristische Einrichtungen, deren Einkommen oder Umsätze mehr oder weniger vollständig wegfallen:

**Wir fordern:**

**100 Euro mehr sofort für Grundleistungsbezieher\*innen**

**Schnelle Ausstattung von Schulen mit Laptops und Luftfiltern**

**Neuaufgabe des Mietschuldenmatoriums**

**Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent**

**Freigabe der Lizenzen für die Produktion des Impfstoffes, damit schneller ausreichend Impfdosen zur Verfügung stehen**

Sprecherin und Sprecher  
Die LINKE Stadtverband Magdeburg  
Dr. Rosemarie Hein und Stephan Krull